

Die Debatte über das Wahlergebnis vom 2. Dezember und zu den Perspektiven der Linken hat begonnen. Im ND vom 8./9. Dezember 1990 hat Marian Krüger die Diskussion eröffnet. Er schreibt: „Darüber hinaus müssen drängende Fragen des Linke Listen-Projekts angesprochen werden... Die 0,3 Prozent sind ungefähr das, was die DKP durchschnittlich während der Bundestagswahlen der 70er und 80er Jahre erzielen konnte. Dies stellt die Frage nach dem tatsächlichen Bündnishintergrund der Liste.“

Damit gehört Marian Krüger zu den wenigen, die das Wahldebakel in seiner vollen Schärfe benennen und nicht gleich zur Tagesordnung übergehen.

Kritisch möchte ich mich aber mit seinen Vorschlägen zur Abhilfe auseinandersetzen:

1. Zum einen schlägt er eine stärkere „politische Orientierung auf die Klasse der Lohnabhängig Beschäftigten“ und Unterstützung der „sozialen Kampfaktionen der Gewerkschaften“ vor.

Soweit er damit meint, daß die Klassenfrage auch in Zukunft relevant sei und sich die PDS um eine stärkere betriebliche Verankerung bemühen solle, kann ich dem nur zustimmen. Wenn andere — beispielsweise auf dem PDS-Basis-treffen am vergangenen Wochenende — eine solche Orientierung als Alternative zu dem angeblich nur auf Intellektuelle ausgerichtete-

Plädoyer für die Herausbildung einer neuen Linken Formation

Von DETLEF SCHULZE, Westberlin

ten West-Wahlkampf der PDS vorschlagen, wird diese Position falsch. Denn es bleibt dann unberücksichtigt, daß Intellektuelle heutzutage nicht mehr nur JournalistInnen, RechtsanwältInnen, ProfessorInnen etc. sind: Im Zuge der permanenten Neuzusammensetzung der ArbeiterInnenklasse hat sich inzwischen in ihr eine neue Schicht von Produktionsintellektuellen, die wissenschaftlich-technische Intelligenz herausgebildet, für die andere Fragen relevant sind als für den traditionellen, abnehmenden Kern der ArbeiterInnenklasse.

2. Marian Krüger schreibt weiter: „Und da die Landesverbände der Liste nach wie vor nur aus wenigen Aktivisten bestehen, sollte die PDS endlich ihre Position zu den PDS-Basisgruppen und Initiativen überprüfen, die neben der Liste existieren und eine weitaus größere Mitgliederzahl aufweisen. Wenn hier nicht Konsequenzen gezogen werden, ist das anvisierte Ziel des Zusammenwachsens von Linken aus Ost und West nicht realisierbar.“

Nach meinen Erfahrungen liefe dieser Vorschlag auf eine weitere Einengung des Spektrums hinaus, auf das sich die PDS beziehen will. Aber es kommt doch gerade auf

eine qualitative Ausweitung des Spektrums an.

Eine solche stellen die diversen PDS-Initiativen gerade nicht dar. Sie grenzen durch ihr Verhalten selbst vehement aus: Ich und andere GenossInnen haben es bei dem bundesweiten Treffen dieser Initiativen im Sommer sowie in monatelangen Auseinandersetzungen in Westberlin erleben müssen: Jede inhaltlich vorwärtsweisende Debatte wird mit Hinweisen auf die abstrakte „Einheit der Linken“ abgewürgt. Gerade die ökologischen und feministischen Ansätze, auf die sich auch Marian Krüger zu Recht bezieht, sind dort nicht vorhanden. In Westberlin sind wir mit Vorschlägen, klare antikapitalistische und antipatriarchale/feministische Positionen in programmatischen Papieren festzulegen, immer wieder an der PDS-Initiative gescheitert.

Es kommt also nicht in erster Linie auf die Mitgliederzahlen der Initiativen selbst an, sondern auf die Ausstrahlung, die sie auf weitere Menschen haben: Die DKP hatte früher mehrere 10 000 Mitglieder in der BRD — ähnlich viele wie die GRÜNEN. An deren Ausstrahlungskraft reichte die DKP aber nie heran.

So erschreckend gering das West-Ergebnis der PDS auch ist:

Die DKP hat in den letzten Jahren einen Großteil ihrer Mitglieder und AnhängerInnen verloren. Deshalb zeigen diese selbst mickrigen 0,3 Prozent noch, daß die Linke Liste/PDS über die heutige Anziehungskraft der DKP hinausweist — und das ist gut so!

Diejenigen aus dem grünen und links-unabhängigen Spektrum, die sich auf die PDS beziehen — und es sind noch viel zu wenige — tun dies nicht wegen, sondern trotz der PDS-Initiativen!

Daß diese Ausstrahlung nicht größer ist, hat eine Ursache in den Folgen der Fünf-Prozent-Hürden-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes: Das allgemein-demokratische Interesse, die PDS gegen die Wahlrechtsmanipulation zu unterstützen, fiel weg. Die relative Dynamik, die die Linke Liste/PDS im August noch im intellektuellen, linkssozialdemokratischen und linksgrünen Spektrum erzielen konnte, ging dadurch verloren. Aufgrund des gesicherten Bundestageinzugs war jetzt zur Unterstützung der PDS eine höhere inhaltliche Identifikation mit ihr als vorher notwendig. Dieser Effekt wurde durch die Umwandlung der BRD-Landesverbände der Linken Liste/PDS in Landesverbände der PDS noch verstärkt.

Aber nicht nur wahltaktisch ist die PDS unfähig, die zukünftige Partei der Linken in der Groß-BRD zu sein. Auch inhaltlich/strukturell ist sie dazu als Organisation nicht in der Lage: Die TraditionalistInnen in der Partei schwanken zwischen rechtssozialdemokratischem und stalinistischem Populismus; die ErneuerInnen wanken mehrheitlich zwischen linkssozialistischen und „realo“ grünen Positionen.

Altersmäßig verkörpern nicht die PDS-Mitglieder, sondern die PDS-WählerInnen in der Ex-DDR die Zukunft: Während die Partei überall ist, hat sie verhältnismäßig viele junge WählerInnen; bei den Männern ist das Wahlverhalten altersmäßig kaum differenziert. Die geringe Ausstrahlung der PDS zeigt sich noch an folgendem: Pro Mitglied hat sie entschieden weniger WählerInnen als die anderen Parteien. Dies könnte zwar vordergründig positiv im Sinne eines hohen Organisationsgrades interpretiert werden, zeigt aber gleichzeitig, daß die PDS über ihren eigenen Verein hinaus kaum Resonanz hat.

Die PDS kann nur eine Negativ-Spirale in Gang setzen, wie wir sie in der BRD von der KPD kennen und wie sie mit der DKP geendet

hat. Um das von Michael Stamm benannte „Weltbühnen-Feeling“ (wieder)herzustellen, bedarf es daher m. E. eines neuen organisatorischen Anlaufs, der die Spaltung der linksalternativen, sozialistischen und anderen antikapitalistischen Kräfte in der Groß-BRD in mehrere konkurrierende Spektren/Organisationen aufhebt.

Aus all dem ergibt sich die Notwendigkeit einer neuen linken Formation. Die Funktion der PDS ist es dabei, sich unter Aufgabe ihres Organisationsinteresses in den Dienst eines solchen Formierungsprozesses zu stellen. Mögliches Ergebnis, nicht aber Voraussetzung zur Beteiligung an diesem Prozeß, sollte die Herausbildung einer neuen Partei sein. Eine entsprechende Erklärung sollte der zweite Parteitag der PDS abgeben.

Konkret möchte ich vorschlagen, daß sich ein breites (Personen?)-bündnis zusammenfindet, das für Frühjahr/Sommer 1991 eine Linke Konferenz organisiert. Das Projekt müßte von Anfang an so angelegt werden, daß die Linken aus GRÜNEN, PDS und DDR-BürgerInnenbewegung dabei nur eine Minderheit sind. Zentral wichtig ist es m. E., in einen solchen Diskussions- und Arbeitszusammenhang von *Anbeginn* vor allem jene Kräfte

einzu beziehen, die gleichermaßen Distanz zu diesen Gruppierungen wie auch zur „Radikalen Linken“ halten — als da sind vor allem:

— sozialistische und autonome Feministinnen

— nicht-sektiererische Autonome und GenossInnen aus dem „antimperialistischen Widerstand“ in der Alt-BRD und Westberlin

— Vereinigte Sozialistische Partei, autonome Lupus-Gruppe Frankfurt/M. und andere Teile der Radikalen Linken

— linke GewerkschafterInnen und Intellektuelle sowie die linken Reste der sogenannten neuen sozialen Bewegungen

— jene Gruppen und Redaktionen, die zur Zeit über die Gründung eines Marxistischen Forums diskutieren (s. PROWO Nr. 4 und 8 1990)

Ein solcher Kongreß sollte mehrere Aufgaben haben:

Erstens: Selbstdefinition als nicht-sektiererische Opposition zum BRD-Imperialismus und Bestimmung einiger gemeinsamer praktischer Arbeitsfelder für die nächsten Jahre.

Zweitens: Bestimmung der theoretischen Aufgaben, die in den nächsten Jahren zu lösen sind.

Eine solche Einbeziehung von linken Grünen, von Autonomen, von GenossInnen aus den sozialen Bewegungen etc. würde auch mehr bringen an Unterstützung für die Kritik der Kommunistischen Plattform an den „Marktwirtschafts“- und „Rechtsstaats“- Illusionen, die es in der PDS zahlreich gibt.

ND, 15/16. 12. 1991, S. 10